

Newsletter Nr. 1 - 2023



Frühlingssession 2023

Die Frühlingssession ist zu Ende. Just in den letzten Tagen der Session bahnte sich eine neue Krise in unserem Land an: eine Bankenkrise mit der Credit Suisse im Fokus. Bereits ist der Bundesrat (BR) wieder im Krisenmodus angekommen: gefordert einerseits als Kollektivgremium, andererseits als einzelne Departemente. BR Albert Rösti hat eine Energiekrise zu bewältigen, BR Baume-Schneider eine Migrationskrise, BR Viola Amherd und BR Ignazio Cassis haben eine Neutralitätskrise, BR Guy Parmelin eine generelle Landesversorgungskrise, der Bundespräsident Alain Berset eine Kommunikationskrise und nun hat auch noch BR Karin Keller-Sutter neben den generell düsteren Finanzaussichten für unser Land noch eine Bankenkrise zu bewältigen.

Man wünschte sich nach drei Jahren im permanenten Krisenmodus endlich etwas Ruhe zum Durchschnaufen. Ich glaube aber, dass die kommenden Jahre für unser Land sehr herausfordernd werden. Die zahlreichen erwähnten Krisen lassen erahnen, dass uns die Arbeit in der Politik nicht ausgehen wird.

Ich wünsche mir, dass wir trotz der Herausforderungen und sehr wichtigen Weichenstellungen den Fokus nicht verlieren. Dies fürchte ich deshalb, weil wir uns nun zunehmend bis zum 22. Oktober 2023 im Wahlmodus befinden. Es werden neben 246 künftigen Parlamentarierinnen und Parlamentariern noch zahlreiche weitere Kandidaten ihre Rezepte für eine erfolgreiche Schweiz anpreisen wollen.

Mein Kompass wird sich nicht ändern. Sie werden hoffentlich auch weiter meinen Newsletter abonniert halten. Ich danke Ihnen dafür und werde an dieser Stelle bald über meine Ziele im Wahlkampf berichten. Berichtet hat vor wenigen Tagen auch der Tages Anzeiger über mich ([Link](#)).

Ihre Anwesenheit am Montagabend, 15. Mai 2023 in Aarau an meinem Apéro Fédéral würde mich sehr freuen. Es ist eine grosse Ehre, dass Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter sowie der Finanzdirektor des Kantons Aargau, Herr Markus Dieth, anwesend sein werden. Wir sprechen unter anderem auch über die Finanzen und die OECD-Steuerreform. Bitte melden Sie sich dazu unter diesem [Link](#) an.

Alles Gueti und liebe Grüsse

Maja Zivkovic

Besuch aus der Slowakei und aus Portugal

In meinem neuen Amt als Vizepräsidentin des Nationalrates komme ich nun vermehrt in Kontakt mit ausländischen Delegationen, die unser Land und Parlament besuchen. Am 1. März besuchte uns der Parlamentspräsident von der Slowakei und am 8. März der Parlamentspräsident aus Portugal. Neben Gesprächen war ich am Abend jeweils bei den Bankettveranstaltungen eingeladen. Diese Essen laufen formell ab. In der Mitte der schönen Tische stehen die Flaggen der jeweiligen Länder. Da wir Gastland sind, wird die Tafel vom Nationalratspräsidenten Martin Candinas eröffnet. Er hat ein unglaubliches Talent mit seiner erfrischenden, kompetenten und sprachgewandten Art, alle anwesenden Gäste zu begeistern. Als Vizepräsidentin bin ich schon nah beim Staatsgast aus dem Ausland platziert (ja, die Stühle sind gemäss Protokoll zugeteilt) und die Konversationen und Themen verlaufen unkompliziert. Es wird über die Inflation gesprochen, über die unterschiedlichen Parlamentssysteme bis hin zu den Skirennfahrerinnen und Skirennfahrern aus den jeweiligen Nationen. Ich sehe meine Aufgabe in diesem Moment primär darin, viel zu beobachten und überlege mir selbstverständlich schon heute, wie ich dann diese 'Gastgeberrolle' in zwei Jahren wahrnehmen werde. Besser als Martin Candinas kann ich es kaum machen, aber bestimmt leicht anders und mit viel weniger Verweis auf die Bündner Berge!

Kinderbetreuung - Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist von zentraler Bedeutung

Als Mutter von drei Kindern habe ich selber erlebt, wie wichtig es ist, wenn man nach der Geburt des Kindes schnell wieder an den Arbeitsplatz zurückkehren kann. Dazu braucht es genügend Kita-Plätze, sofern das andere Elternteil auch weiter berufstätig bleiben möchte.

Es wurde eine Vorlage erarbeitet, damit der Bund weiterhin Zuschüsse an die Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung leistet. Die vom Bund seit zwanzig Jahren geleistete Anstossfinanzierung für die Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder soll dauerhaft rechtlich verankert werden. Der Bundesrat kritisierte dies mit Verweis auf die Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen, die Kosten für die Kinderbetreuung obliege den Kantonen und Gemeinden. Der Bund hat die Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder bisher mit 451 Millionen Franken unterstützt. Über 70'000 neue Plätze in Kindertagesstätten, in der schulergänzenden Betreuung und in Tagesfamilien wurden in der Vergangenheit geschaffen.

Die Kosten zu Lasten des Bundes für die Verbilligung von Betreuungsplätzen werden künftig auf 710 Millionen Franken geschätzt.

Ich stellte mich auf den Standpunkt, dass diese Unterstützung durch den Bund wichtig ist. Mit 107 zu 79 Stimmen und bei 5 Enthaltungen hiess der Nationalrat die Vorlage gut.

Das ist auch für mich heute noch ein zu hoher Bundesanteil. Zahlreiche Bürgerliche, die Finanzkommission und der Bundesrat lehnten den Verpflichtungskredit in dieser ersten Beratung ab. Eine Minderheit wollte ihn halbieren. Ich stimmte der Vorlage, als eine der wenigen FDP-PolitikerInnen am Schluss dennoch zu. Mir ist es ein zentrales Anliegen, dass der Bund seine Verantwortung in diesem Thema auch wahrnimmt. Das Geschäft geht nun zur weiteren Beratung an den Ständerat. Ich

gehe davon aus, dass dort die Vorlage überarbeitet wird und diese dann in einer modifizierten Version wieder retour zu uns in den Nationalrat kommt.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist von zentraler Bedeutung. Als Elternteil sollte man weiterhin arbeiten können und gerade auch in Zeiten vom Fachkräftemangel muss der Staat ein Interesse daran haben, dass es im Ökosystem 'Wirtschaft-Elternschaft' allen gut geht.

Sicherheitsdebatten rund um die Waffenexporte

Es war leider keine Sternstunde, was die beiden Räte geboten haben. Für die Medienschaffenden und die Bevölkerung ist ein Durchblick in den verschiedenen Themen und Sicherheitsvorstössen kaum mehr möglich.

Was ist der Ursprung? Mit dem Ukrainekrieg und den darauffolgenden Anfragen von Partnerstaaten zur Wiederausfuhr von Rüstungsgütern ist die Schweizer Neutralität wieder in den Fokus des Parlaments gerückt. Das Ringen um eine Lösung, die unseren aussen- und sicherheitspolitischen Interessen Rechnung trägt, aber auch mit den neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen kompatibel ist, wurde von unserem Parteipräsidenten und Ständerat Thierry Burkart mit einem guten Vorstoss losgetreten. Die Idee besteht darin, dass demokratische Staaten untereinander frei Schweizer Rüstungsgüter handeln können, ohne dass eine Wiederausfuhrklärung notwendig ist. Obwohl die FDP-Delegation den Vorstoss einstimmig unterstützt hat, konnte in der kleinen Kammer keine Mehrheit gefunden werden. Dies lag daran, dass die SP ihre Zustimmung verweigerte, in der Hoffnung, dass die FDP-Delegation in der grossen Kammer den linken Vorstoss unterstützen würde.

Dieser verlangte, dass bei einer Entscheid des UN-Sicherheitsrates oder einer qualifizierten Mehrheitsentscheidung der UNO-Vollversammlung die Wiederausfuhrklärung entfällt. Die FDP-Delegation hat mit grosser Mehrheit den ersten Punkt bestätigt und den zweiten abgelehnt, da er dem Neutralitätsrecht entgegenliefe.

Für die FDP ist es jedoch ein wichtiges Anliegen, eine Lösung zu finden, die Solidarität mit der Ukraine zeigt und gleichzeitig die bewaffnete Neutralität sowie den Rüstungsstandort Schweiz stärkt.

Wir arbeiten weiter zusammen. Die Gespräche an der medial 'Kompromiss' genannten Vorlage laufen. Dieser Vorstoss würde verschiedene Elemente aus den Einzelvorstössen vereinen. Ich werde mich mit viel Energie für diese Vorlage einsetzen.

Wir wären sehr gut beraten, wenn wir den Schulterschluss zwischen FDP und der SP in diesem Sicherheitsthema schaffen könnten. Interessanterweise - nun wechsele ich kurz das Thema - hat diese Woche eine Studie der HSG gezeigt, dass «Schweizerinnen und Schweizer optimistisch und zukunftsorientiert sind», so das [Chancenbarometer](#). «Sie sind überzeugt, dass politisches Ringen nach Lösungen dem Gemeinwohl zugutekommt. FDP- und SP-Wählerinnen und Wähler prägen diese Haltung am stärksten. Ebenfalls positiv in die Zukunft blicken die Wählerschaft der GLP und SVP und die mit gut 25 Prozent grösste Gruppe der Befragten, die Parteilosen. Sie alle haben den starken Wunsch nach parteiübergreifenden Lösungen, fordern klar Kompromissbereitschaft.»

Jetzt müssen wir diesen Kompromisswillen nur noch umsetzen.

Der Zivilschutz soll eine einheitliche Bekleidung erhalten. Schweizweit.

Schauen wir uns doch in der Schweiz um: Der Zivilschützer im Thurgau trägt eine andere Schutzbekleidung wie der Zivilschützer in Genf. Und der Zivilschützer aus dem Kanton Zürich ist nochmal anders

eingeleidet. Es gibt bedauerlicherweise schweizweit kein einheitliches Bild der Einsatzkräfte.

Und das ist alles, was ich mit einer Motion verlangt habe: Der Bund soll neu die Beschaffung und Finanzierung der persönlichen Ausrüstung für alle Zivilschutzangehörigen übernehmen. Dadurch wird die Beschaffung effizienter. Bis jetzt oblag dies jedem einzelnen Kanton.

Der Bundesrat hat meine Motion nicht angenommen. Er war der Meinung, dass es weiterhin Aufgabe der Kantone wäre, für die volle Beschaffung der Bekleidung von Zivilschützern zu sorgen. Die Kosten der persönlichen Ausrüstung für einen Zivilschutzangehörigen während der gesamten Dienstdauer betragen rund 800 Franken, inkl. der Ersatzbeschaffungen.

Ich votierte für den Zivilschutz und gegen den Bundesrat. Am Schluss stimmten 121 Kolleginnen und Kollegen (aus allen Parteien) für meine Motion, 66 lehnten sie ab. Wenn der Ständerat meine Motion auch unterstützt, muss es so umgesetzt werden, wie ich es forderte. Das wäre ein grosser und schöner Erfolg.

Apéro Fédéral

Gerne weise ich an dieser Stelle nochmal auf den eingangs erwähnten Apéro Fédéral hin. Die Einzelheiten sowie die Anmeldemöglichkeit entnehmen Sie bitte diesem [Link](#).

Jetzt meinem Unterstützungskomitee beitreten

Der Wahlkampf für die Wiederwahl startet in diesen Wochen. Zusammen mit einem sehr engagierten Wahlteam bereite ich die Kampagne vor. Unter diesem [Link](#) können Sie schon heute meinem Unterstützungskomitee beitreten und sich über die verschiedenen Möglichkeiten der Unterstützung informieren. Ich danke an dieser Stelle herzlich dafür.

Für die finanzielle Unterstützung des Wahlkampfes finden Sie auf meiner [Unterstützungsseite](#) einen Einzahlungsschein sowie den Twint-QR-Code.

Wer möchte mich im Bundeshaus besuchen? à 25.9.23 bitte reservieren

Am Montag, 25.9.2023 ab ca. 15.30 empfangen Sie gerne im Bundeshaus. Es stehen 50 reservierte Plätze für einen Besuch der Debatte während der Herbstsession zur Verfügung. Mein persönlicher Mitarbeiter, Herr Benjamin Böhler nimmt ab heute unter boehler@majariniker.ch ihre Anmeldungen dafür entgegen.

Vorstösse und Voten aus der Session:

Das Thema mit den Leopard Panzer II lässt mich nicht los. Ich musste dem Bundesrat noch einige Fragen dazu stellen. Sie finden die Antworten dazu in den beiden Links. Wir beraten in den kommenden Kommissionssitzungen die Armeebotschaft. Dort wäre der Moment, um einen entsprechenden Ausserdienststellungsantrag zu stellen.

- Fragestunde: [Leopard Panzer im Bestand der Schweizer Armee \(1/2\)](#)
- Fragestunde: [Leopard Panzer im Bestand der Schweizer Armee \(2/2\)](#)

**Anmeldung:
Unterstützungskomitee Maja
Riniker**



Maja Riniker

Lindenweg 36, 5034 Suhr

Diese E-Mail wurde an {{contact.EMAIL}} gesendet.
Sie erhielten diese E-Mail, da Sie Sich für meinen Newsletter angemeldet haben.

[Abmelden](#)